

# metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.bw.igm.de

Nr. 8 / 4. Oktober 2010



**Aktionskonferenz**  
Gerechtigkeit geht anders,  
Frau Merkel!  
Seite 3



**Herbstaktivitäten**  
So geht es weiter  
Seite 4

**Strategie Zukunft:** Leiharbeit verhindern

## Prekär - nein danke!

Wie ein Krebsgeschwür wuchert sich prekäre Beschäftigung immer weiter in die Arbeitswelt. Betroffen sind vor allem junge Menschen. Ihr Start ins Berufsleben ist immer häufiger auch der Start in eine typische Karriere für die »Generation prekär«. Die Stationen: Praktikum, Ausbildung, befristete Übernahme, befristeter Arbeitsvertrag, befristeter Vertrag bei der Leiharbeitsfirma. Damit muss Schluss sein. Wir sagen warum.

Vor Ausbruch der Krise war Leiharbeit ein gigantischer Wachstumsmarkt. In wenigen Jahren stieg die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeitsverhältnissen auf 850.000 im Bundesgebiet an. Auch in Baden-Württemberg schnellte die Zahl nach oben. Als die Weltwirtschaft 2007 begann in die Knie zu gehen, zählte die Bundesagentur für Arbeit im Südwesten über 80.000 Beschäftigte bei Leiharbeitsfirmen - die meisten davon in der Metall- und Elektroindustrie.

resende mindestens 1.000.000 Leiharbeitsbeschäftigte voraus - etwa 10 Prozent davon in Baden-Württemberg. Diese werden dann meist zu deutlich schlechteren Entgelten und Arbeitsbedingungen an die Unternehmen verliehen. Leiharbeitskräfte verdienen im Schnitt 35-45 Prozent weniger als Festangestellte in vergleichbaren Positionen. 77 Prozent der vollzeitbeschäftigten Leiharbeitsbeschäftigten erhalten einen Lohn von 1.300 Euro Brutto im Monat. Damit liegen sie unter der gesetzlich definierten Niedriglohnschwelle.

### Prekär Beschäftigte: Die ersten Opfer der Krise

Mit Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ließ sich das Ausmaß und die Unsicherheit dieser Jobs nicht länger verschleiern. Leiharbeitsbeschäftigte und andere prekär Beschäftigte waren die Ersten, die in die Wüste geschickt wurden.

### Missbrauch wird Tür und Tor geöffnet

Harsche Kritik erntet auch der im September von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vorgelegte Gesetzentwurf zur Leiharbeit. Dieser begrenzt weder die Auswüchse noch den massenhaften Missbrauch von Leiharbeit. Im Gegenteil. Er ist ein Kniefall vor den Profiteuren der Leiharbeit, legalisiert geradezu deren Missbrauch und öffnet dem Abbau von Stammarbeitsplätzen Tür und Tor. Die kommenden Wochen sind entscheidend. Noch in diesem Jahr soll das Gesetz endgültig auf den Weg gebracht werden. Deshalb gilt es jetzt Einfluss zu nehmen.

### Die Ausbeutung geht weiter: Leiharbeit boomt

Inzwischen zieht Leiharbeit wieder an. Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit wurde der bisherige Höchststand an Leiharbeitskräften vom Frühjahr 2008 bereits wieder überschritten - Tendenz steigend. Prognosen sagen bis zum Jah-

KURSWECHSEL FÜR EIN  
GUTES LEBEN

Bin ich ein  
Leiharbeitvertrags-  
stikant?

13.11. Kurswechsel für ein  
Schlossplatz  
Stuttgart gutes Leben

IG Metall Baden-Württemberg  
**STRATEGIE  
ZUKUNFT**

# GLEICHE ARBEIT



# Unsere Forderungen

- Gleiche und gesicherte Arbeitsverhältnisse in unseren Betrieben.
- Die Bundesregierung muss Leiharbeit regulieren.
- Gleiches Geld für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten müssen gesetzliche Mindestbedingungen sein, die nicht umgangen werden können.
- Wenn Leiharbeit, dann nur für kurze Einsatzzeiten und mit klar definierten Regelungen.

## Problem Leiharbeit

Leiharbeit war als Instrument zur Abfederung von Auftragsspitzen gedacht. Inzwischen hat sich Leiharbeit allerdings zum Massenphänomen entwickelt. Ihr Schmutzimage versucht die Branche abzustreifen, schafft es aber nicht glaubhaft. Zu offensichtlich sind die Probleme, die Leiharbeit hervorruft - für die Betroffenen, die Stammebeschäftigten und auch für die Unternehmen. Deshalb lässt sich ohne Abstriche feststellen: Das System Leiharbeit ist gescheitert.

### Keine Brücke in den Arbeitsmarkt

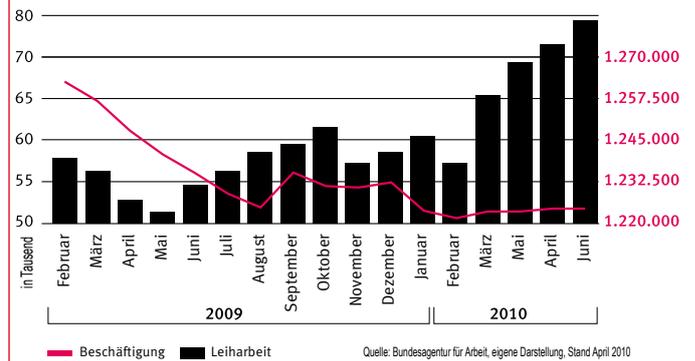
Befürworter sprechen gerne von "Leiharbeit als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt". Das ist Augenwischerei. Nur wenige, die in den Strudel eines Leiharbeitsverhältnisses geraten, können die rettende Insel Festanstellung über diesen Weg überhaupt erreichen. Der gerne von Vertretern aus den Arbeitgeberverbänden

ins Feld geführte „Klebeffekt“ liegt höchstens bei 7 Prozent. Das haben Studien der Bertelsmann-Stiftung und des IAB belegt.

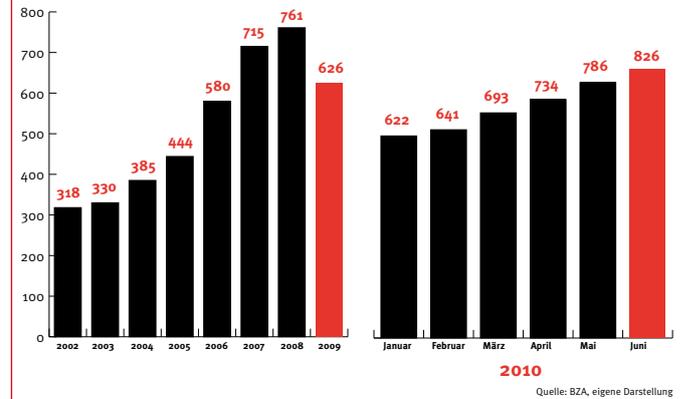
### Leiharbeit verdrängt Stammarbeitsplätze

Leiharbeit ist demnach keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Über die Hälfte aller in Leiharbeit geschlossenen Arbeitsverträge hat eine Laufzeit von weniger als 3 Monaten. Vielfach kommen die Menschen aus dem Strudel prekärer Beschäftigung nicht mehr heraus. Die Folgen für Einkommen, Familie und Gesellschaft sind gravierend. Zudem verdrängt Leiharbeit zunehmend Stammarbeitsplätze. Wir wollen dagegen Arbeitsplätze, die allen Beschäftigten Sicherheit und Perspektive bei fairen Arbeitsbedingungen und Einkommen in den Betrieben bieten.

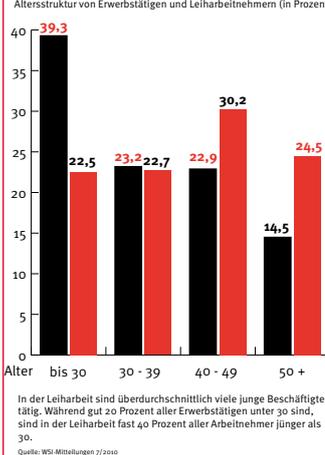
Entwicklung der Leiharbeit und Beschäftigung (verarbeitendes Gewerbe) in Baden-Württemberg seit Februar 2009



Leiharbeit boomt wieder: Der Rückgang von 2009 ist längst wettgemacht

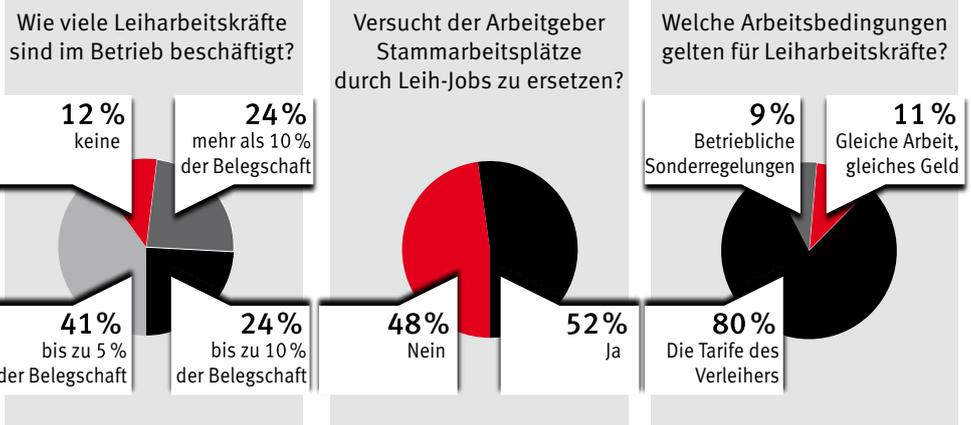


Leiharbeit ist jung



## Leiharbeit verdrängt Stammarbeitsplätze

Ergebnisse einer Umfrage unter Betriebsräten zur Leiharbeit



Quelle: IG Metall, Betriebsräteumfrage

Impressum: IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg, Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart, Verantwortlich: Jörg Hofmann, Telefon (0711) 16581-0, Fax (0711) 16581-30, Fotos: Grafitti; E-Mail: bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de, Internet: www.bw.igmetall.de; Druck: apm in Darmstadt



**Aktionskonferenz in Baden-Württemberg: Kurswechsel von der Bundesregierung gefordert**

# Gerechtigkeit geht anders, Frau Merkel!

**Über 2500 Gewerkschafter appellierten auf ihrer Aktionskonferenz in Baden-Württemberg an die Bundesregierung, wieder für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Die Arbeitnehmer haben geholfen, Deutschland durch die Krise zu bringen. Und jetzt sollen sie weiter belastet werden. Dagegen wehren sich die Betriebsräte und Vertrauensleute.**

»Gerechtigkeit geht anders, Frau Merkel«, betonten die über 2500 Gewerkschafter, die sich am 22. September 2010 im Glaspalast in Sindelfingen versammelt hatten. Damit wollten sie ein erstes sichtbares und unüberhörbares Signal gegen die Sparpolitik der Bundesregierung setzen.

»Wir lassen uns von der schwarz-gelben Bundesregierung nicht so einfach in die Taschen greifen«, rief IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann den Anwesenden zu. »Die Beschäftigten haben geholfen, das

Land und die Wirtschaft nahezu unbeschadet durch die Krise zu steuern. Dafür sollen sie jetzt noch bestraft werden. So geht das nicht, Frau Merkel und Herr Westerwelle!«

## **Bundesregierung muss umsteuern**

Hofmann forderte einen rigorosen Kurswechsel der Bundesregierung. »Die Verursacher der Krise sollen bitteschön endlich zur Kasse gebeten werden und die Suppe auslöffeln, die sie uns eingebrockt haben«, so der Bezirksleiter. Es sei ungerecht und Bremse auch die wirtschaftliche Erholung, wenn man die Sozialausgaben kürze. Hofmann: »Wer bei Arbeitslosen und Familien spart, würgt den Konsum und damit die Konjunktur ab. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Krisenlasten.«

## **Welche Maßnahmen bieten sich an?**

Eine stärkere Besteuerung ho-

her Vermögen und Einkommen könnte den Staat und auch die Arbeitnehmer mit geringeren Einkommen entlasten. Notwendige Investitionen in Zukunftsaufgaben wie Bildung und Innovation könnten ebenfalls darüber finanziert werden. Außerdem sollten mit einer Finanztransaktionssteuer Spekulationen erschwert und die Krisenverursacher in Haftung genommen werden. Weiter forderte er eine Gemeindefinanzreform, um die Einnahmehasis der Kommunen zu stärken. Hofmann: »Es kann doch nicht sein, dass wegen Steuerentlastungen für Unternehmen, Spitzenverdiener und hoher Einkommen in unserem Land Bildungs- und Jugendeinrichtungen, Kultur- und Sporttätigkeiten und Sozialeinrichtungen dem Rotstift zum Opfer fallen.«

Misstände sieht Hofmann außerdem bei Ausbildung und Übernahme. »So lange nicht jeder Jugendliche eine Chan-

ce auf einen Ausbildungsplatz bekommt, darf keiner über den drohenden Fachkräftemangel jammern«, so der Gewerkschafter. Ausbildung und Übernahme sei Pflicht für die Unternehmen, keine Kür.

## **Interessierte können mitmachen!**

Die Konferenz in Sindelfingen war der Auftakt einer Reihe von Aktionen, mit denen die IG Metall Baden-Württemberg gegen die Politik von Schwarz-Gelb mobilisiert.

Zwischen 20. und 29. Oktober gibt es regionale Aktionstage im ganzen Land. Mit Protest- und Informationsveranstaltungen, gemeinsamen Vesperaktionen und Infoständen. Vorläufiger Höhepunkt ist am 13. November eine Großkundgebung aller DGB-Gewerkschaften auf dem Schlossplatz in Stuttgart. Weitere Informationen finden Interessierte bei ihrer IG Metall vor Ort und im Internet: [www.bw.igm.de](http://www.bw.igm.de)

**13.11.**  
Schlossplatz  
Stuttgart

**Kurswechsel für ein  
gutes Leben**

## So geht es weiter:

- Oktober/November: **Informationen und Aktionen vor Ort**
- 13. November: **Landesweite Kundgebung in Stuttgart**

## Zeitplan für den 13. November:

- 10 - 11.30 Uhr** Ankunft der Busse und Sonderzüge  
*Treffpunkt Ankommende mit Sonderzügen und/oder ÖPNV ab 10.30 Uhr in der Lautenschlagerstraße (Nähe Bahnhof). Ab 11.15 Uhr Kurzdemo zum Schlossplatz*
- 12 Uhr** Kundgebungsbeginn Schlossplatz Stuttgart  
Redner: Berthold Huber, IG Metall Vorsitzender, Nikolaus Landgraf, DGB Landesvorsitzender sowie VertreterInnen von Kirchen, Elternvertretungen und Jugend.
- 14 Uhr** Ende

## Beitrittserklärung

Gemeinsam stark.



Name	Vorname	Geburtsdatum	Geschlecht M/W
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Land	PLZ	Wohnort	Telefon
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße	Hausnummer	E-Mail	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
beschäftigt bei	Tätigkeit/Beruf/Ausbildung/Studium	<input type="checkbox"/> Vollzeit	<input type="checkbox"/> Teilzeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bruttoeinkommen in Euro	Bankleitzahl	Bank/Zweigstelle	Konto-Nummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Beitrag	Kontoinhaber/in/Fremdzahler/in	Eintritt ab	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

### Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.

Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort / Datum / Unterschrift

→ Bitte Rückseite beachten